„Der Ukraine-Krieg transformiert sich zum Vaterländischen Krieg gegen den Westen“

Der russische Analyst Dmitri Trenin erklärt im Gespräch, warum Moskau nicht mehr auf die Vermittlung der USA setzt und eine neue globale Konfrontation erwartet

ÉVA PÉLI

Militarisierung des Alltags: Veteranen der russischen Luftlandetruppen feiern Anfang August den Tag der Fallschirmjäger im Zentrum von Sankt Petersburg. VLADIMIR SHEVCHENKO/IMAGO

Die Hoffnung auf eine politische Verständigung zwischen Russland und dem Westen ist aus Sicht von Dmitri Trenin endgültig gescheitert. Im Gespräch mit dieser Zeitung analysiert der russische Außenpolitikexperte die Folgen des Scheiterns des sogenannten „Trump-Plans“ von 2025 und beschreibt eine neue Phase der Konfrontation. Noch im Dezember 2025 hatte Trenin eine „Architektur der Trennung“ zwischen Russland und dem Westen als mögliches Ordnungsmodell skizziert – inzwischen zeichnet er ein deutlich düstereres Bild: einen Konflikt, der seiner Einschätzung nach längst über den Krieg in der Ukraine hinausweist.

Trenin, seit April dieses Jahres Präsident des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten (RIAC) und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Weltmilitärökonomie und Strategie an der Higher School of Economics, gehört zu den bekanntesten außenpolitischen Stimmen Russlands. Der frühere Direktor des Carnegie Moscow Center, einst als Vermittler zwischen russischen und westlichen Positionen wahrgenommen, vertritt heute eine weitaus konfrontativere Sicht.

Russland befinde sich nicht mehr auf dem Weg zurück zu einer gemeinsamen europäischen Ordnung, sondern im Aufbau einer eigenständigen „Staat-Zivilisation“ und in einem grundlegenden Konflikt mit dem Westen. Seine Thesen spiegeln die Perspektive eines einflussreichen russischen Strategen wider und zeigen, wie weit sich die sicherheitspolitischen Vorstellungen in Moskau und im Westen voneinander entfernt haben.

Herr Trenin, der „Geist von Anchorage“ galt lange Zeit als das zentrale Narrativ für ein gegenseitiges Verständnis mit den USA. War dieses Konzept nach dem kürzlichen Dementi durch den US-Außenminister Marco Rubio lediglich eine propagandistische Seifenblase oder markiert es das endgültige Scheitern der Hoffnung auf eine Vermittlung durch die USA nach russischen Vorstellungen?

Soweit sich dies ohne vollständige Informationen beurteilen lässt, setzte US-Präsident Donald Trump in der ersten Jahreshälfte 2025 darauf, den Konflikt in der Ukraine zu beenden, indem Kiew zu Zugeständnissen gedrängt wurde. So entstand der sogenannte Trump-Friedensplan, dem Präsident Putin beim Treffen in Anchorage im Wesentlichen zustimmte. Trump stieß jedoch sowohl bei den Europäern als auch bei Präsident Wolodymyr Selenskyj auf Widerstand.

Auch innerhalb seiner eigenen Regierung fand der Plan – dessen Hauptentwickler mutmaßlich der Immobilienunternehmer und Trump-Vertraute Steven Witkoff war – kaum Unterstützung.

Warum war das so?

Bereits im September zeichnete sich ab, dass das Vorhaben festgefahren war. Die Gegner des Plans – europäische Länder, Kiew sowie einflussreiche Akteure innerhalb der Trump-Administration – entwickelten daraufhin eine eigene Strategie. Sie wollten die Verhandlungsposition der Ukraine durch die Eskalation des Drohnenkrieges gegen Russland stärken.

Bis zum Sommer 2026 waren sie überzeugt, dass Angriffe unbemannter Luftfahrzeuge auf russische Energieanlagen in der Tiefe des Landes die Dynamik des Konflikts zugunsten Kiews verschoben hätten. Infolgedessen lehnte Rubio den ursprünglichen Trump-Plan öffentlich ab. Was die Vermittlung betrifft: Die USA fungieren seit Beginn des Krieges als Konfliktpartei, nicht als Vermittler. Davon ist auszugehen.

Die Trump-Administration betrachtet das Völkerrecht als für sich nicht verbindlich. Ist die Einhaltung dieser Normen noch sinnvoll, wenn Washington sie konsequent ignoriert, oder bildet eine „Realpolitik ohne Regeln“ die einzig verbliebene Handlungsmaxime?

Die USA – und nicht nur die Trump-Administration – verstehen sich als über die Normen des Völkerrechts erhaben. Washingtons Außenpolitik kann nur durch interne Faktoren oder ein externes Gegengewicht gebremst werden, wie es die Sowjetunion zwischen 1940 und 1980 darstellte. Ein solches Gegengewicht existiert heute nicht mehr.

Die US-Politik untergräbt die internationale Normenordnung fundamental, während die militärische, finanzielle und informationelle Stärke der Vereinigten Staaten den Handlungsspielraum anderer Akteure massiv einschränkt.

Doch geraten Staaten unter dem Druck der USA in ausweglose Situationen, beginnen auch sie, nach eigenen Gesetzen zu handeln. Der Iran etwa attackiert bereits US-Stützpunkte und weitere Objekte auf dem Territorium arabischer Staaten am Persischen Golf; nach der Straße von Hormus könnte die Bab-el-Mandeb-Straße blockiert werden. Bisher wiegen sich die Vereinigten Staaten in der Sicherheit, stark genug und weit genug von den Konfliktzonen entfernt zu sein – doch sie haben damit die Büchse der Pandora geöffnet. Ihre Verbündeten im Nahen Osten stehen bereits unter Beschuss; bald könnten jene in Europa und anschließend in Asien folgen.

Sie sprachen in einem Interview davon, dass das Streben Russlands nach Souveränität „eher ein Plan als Realität“ sei. Worin liegt das bisherige Scheitern begründet: in wirtschaftlichen Restriktionen oder im Widerstand der alten Eliten gegen eine echte Transformation?

Ich habe darauf hingewiesen, dass der Begriff der „Staat-Zivilisation“ für Russland erst noch mit modernem Inhalt gefüllt werden muss. Russland ist souverän – dies ist eine unveräußerliche Eigenschaft, die das Land seit dem 15. Jahrhundert prägt, als es sich vom fremden Joch befreite. Gerade diese reale Souveränität Russlands erwies sich bereits im Jahr 2000 als Hindernis für einen Nato-Beitritt. Russland akzeptiert keine fremde Macht über sich – mit Ausnahme der Macht Gottes.

Darin unterscheidet es sich von allen anderen europäischen Ländern. Der vom Westen gegen Russland geführte Krieg löst eine tiefgreifende Transformation des Landes aus. Im Zuge dieser Auseinandersetzung verändern sich alle Lebensbereiche – Wirtschaft, politisches System, gesellschaftliche Beziehungen und Wertorientierungen –, und dieser Wandel wird sich fortsetzen.

Ein Elitenwechsel findet statt. All dies erfordert Zeit, doch die Prozesse sind bereits so weit vorangeschritten, dass eine Rückkehr zum Stand von 2021, geschweige denn zu dem von 2013, ausgeschlossen ist.

Tägliche Angriffe auf die russische Infrastruktur werden im Westen als strategischer Wendepunkt zugunsten der Ukraine gewertet. Untergräbt die Normalisierung dieser Angriffe den Status Russlands als Großmacht? Birgt dies eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Die Angriffe tief im russischen Hinterland markieren in der Tat ein neues Stadium des Krieges. Millionen Menschen spüren die Folgen des Konflikts nun unmittelbar in ihrem Alltag. Die Stimmung in der Bevölkerung wandelt sich, jedoch nicht in jene Richtung, die westliche Strategen bei der Entwicklung dieser Taktik angenommen haben.

Der Krieg in der Ukraine transformiert sich von einer Spezialoperation zu einem „Vaterländischen Krieg“ gegen den Westen. Während in Russland bisher ein breiter gesellschaftlicher Zorn gegenüber dem Westen ausblieb, beginnt er nun zu wachsen.

Viele Bürger begreifen, dass es nicht länger bloß um den internationalen Status Russlands geht, sondern um die Existenz des Staates. Es gibt kein Zurück mehr: Sollte der Westen siegen, wird er Russland nicht in Ruhe lassen, sondern versuchen, es zu vernichten. Daraus folgt: Je geringer die Hoffnung auf ein Friedensabkommen, desto sinnloser werden Beschränkungen der militärischen Handlungen. Präsident Putin sagte bereits 2018 öffentlich: Wozu brauchen wir eine Welt, in der es kein Russland gibt?

Könnte die Gesamtheit der Faktoren – von Angriffen auf die Infrastruktur bis zum Einflussverlust im postsowjetischen Raum – eine „kritische Masse“ erreichen, die Moskaus Reaktionsmöglichkeiten übersteigt? Führt das Ausbleiben entschlossener Antworten nicht zur Demoralisierung der Gesellschaft und zur Erosion des internen Konsenses?

Vergleichen wir die Situation der vergangenen viereinhalb Jahre mit der Phase zwischen 2014 und 2022. Sowohl damals als auch heute zeigte Präsident Putin eine bemerkenswerte Zurückhaltung und Besonnenheit.

Acht Jahre lang wartete er auf die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch den Westen, danach gab er ihm eine letzte Gelegenheit zur Verhandlung. Nachdem er sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft hatte, den Krieg zu vermeiden, lei-

tete er die militärische Spezialoperation ein.

Mit anderen Worten: Putin wählte nicht zwischen verschiedenen Optionen, sondern schritt geduldig bis an eine Grenze, an der keine anderen Varianten mehr bestanden – außer der radikalsten.

Meiner Ansicht nach versucht er derzeit auf dieselbe Weise, einen Atomkrieg zu verhindern. Der Westen entzieht ihm jedoch schrittweise alle friedlichen Optionen. Die entschlossene Antwort, von der Sie sprechen, steht somit noch aus. Sie wird vermutlich nicht unmittelbar nuklear ausfallen, doch ein großer Krieg zwischen Russland und der Nato würde zwangsläufig unter Einsatz von Atomwaffen geführt werden.

Analytiker merken an, dass die nukleare Drohung an Wirksamkeit verliert. Ist das ein Zeichen von Stärke oder das Eingeständnis, dass konventionelle Abschreckung nicht mehr ausreicht, um den Westen zur Vernunft zu bringen?

Wenn die Drohung – also die Abschreckung – ihre Wirksamkeit verliert, ist die Anwendung von Atomwaffen die logische Konsequenz. Der Westen hat leider nicht nur die Angst verloren, sondern auch den Verstand. Die europäischen Eliten zur Vernunft zu bringen, wird nicht mehr gelingen. Ich bin nicht einmal sicher, ob selbst ein vorsichtiger Einsatz von Atomwaffen ausreicht, um die europäischen Entscheidungsträger zur Besinnung zu bringen. Wie man so schön sagt: Wen Gott bestrafen will, dem nimmt er den Verstand.

Sie diskutieren die Notwendigkeit einer Abkehr von der defensiven Nukleardoktrin. Wie bewerten Sie die Folgen einer gesenkten Einsatzschwelle für Atomwaffen im Hinblick auf den diplomatischen Spielraum, der für die Stabilität in Europa erforderlich wäre?

Ich bin der Auffassung, dass unter den aktuellen Bedingungen – einer forcierten militärischen Eskalation durch den Westen – eine reaktive Gegenbewegung mit einer Ausweitung des Kriegsschauplatzes in westliche Richtung logisch ist. Atomwaffen sind dabei weder das einzige noch das erste Mittel einer solchen Ausweitung, doch zu einem gewissen Zeitpunkt könnten sie von Russland eingesetzt werden.

Im Gegenzug schließe ich nicht aus, dass England oder Frankreich ihrerseits Atomschläge gegen Russland führen könnten. Nach solchen Schlägen wären diese Länder vermutlich vollständig vernichtet. Eine solche Analyse erscheint mir einfach und offensichtlich. In Europa wird dies vermutlich als Bluff abgetan, doch eine solche Blindheit der Eliten ist meiner Ansicht nach unheilbar. Ich erwarte daher keine diplomatischen Manöver vonseiten des Westens. Sie verfolgen das Ziel, Russland zu zerschlagen – und werden dafür den Krieg erhalten.

Nach über einem Jahr unter Kanzler Friedrich Merz: Ist Berlin für den Kreml endgültig zu einer „Verwaltungseinheit“ transatlantischer Interessen geworden, oder lassen sich innerhalb der Regierung Merz Nuancen erkennen, die andere Formen der Kommunikation zuließen?

Ich sehe gegenwärtig keinerlei Raum für eine Kommunikation seitens der amtierenden deutschen Regierung. In Russland wird das heutige Deutschland zunehmend mit dem nationalsozialistischen Regime assoziiert – jedoch weniger im Sinne des Holocaust, sondern vielmehr hinsichtlich der Bestrebungen, Russland zu zerschlagen.

Gibt es ein theoretisches Szenario, in dem Deutschland für Russland wieder als eigenständiger Machtfaktor relevant wird, oder sind die Debatten über die eigene Rolle Deutschlands für Moskau lediglich ritualisierte Rhetorik ohne strategisches Gewicht?

Erstens droht derzeit ein großer Krieg in Europa. Welche Staaten ihn überstehen werden und in welcher Verfassung sie sich befinden, bleibt ungewiss; theoretische Szenarien sind daher momentan kaum von Relevanz. Zweitens hatte Russland nach dem Ende des Kalten Krieges gehofft, dass Europa unter deutsch-französischer Führung zu einem eigenständigen Machtfaktor reifen und sich im Sinne eines „Großen Europas vom Atlantik bis zum Pazifik“ mit Russland verbinden würde. Die USA erkannten darin nach dem Irakkrieg eine Bedrohung und unternahmen alles, um die Interaktion zwischen Russland und Deutschland beziehungsweise Europa zu untergraben.

Drittens ist das heutige Europa tief von Russophobie durchdrungen, wobei Deutschland unter den großen EU-Staaten hierbei eine Vorreiterrolle einnimmt. Ich erinnere daran, dass es in Russland – ungeachtet der 27 Millionen Opfer der deutschen Aggression – bis heute keinen tief verwurzelten Hass auf die Deutschen gibt.

Viertens verbleiben Deutschland und andere EU- sowie Nato-Mitglieder im direkten Einflussbereich der USA; ein Ausbruchsversuch würde eine harte Reaktion Washingtons provozieren. Die Mittel dazu stehen den USA zur Verfügung.

„Ich hoffe, dass die Feindseligkeit und der tiefsitzende Hass des Westens, insbesondere Europas, uns dazu zwingen, unsere Trägheit abzulegen.“

Viele Beobachter behaupten, Russland gerate in eine Sackgasse. Handelt es sich bei den derzeitigen Maßnahmen um ein bewusstes „Ausblutenlassen“ des Gegners auf lange Sicht, oder ist es das Eingeständnis, dass die Ressourcen für eine schnelle Lösung nicht ausreichen?

Es geht nicht um eine Sackgasse, sondern um die Erkenntnis, dass das Problem mit den bisherigen Mitteln einer Spezialoperation nicht zu lösen ist. 2022 ging es noch um die Ukraine; 2026 geht es um Europa und den Westen als Ganzes. Mit anderen Worten: Was als Spezialoperation begann, hat sich zu einem Krieg ausgeweitet.

Ein Stopp unter dem Druck des Westens käme nun einem Eingeständnis der Niederlage gleich. Dies würde den Westen dazu anspornen, den Druck um ein Vielfaches zu erhöhen, um Russland endgültig in die Knie zu zwingen und die jahrhundertealte „russische Frage“ zu lösen. Die Option einer Zwischenlösung – etwa durch den sogenannten Trump-Plan – ist verworfen. Das lässt nur einen Weg offen: den in den großen Krieg.

Nach welchen Kriterien bewertet man in Moskau den Erfolg? Reicht es aus, die Integration der Ukraine in westliche Strukturen zu verhindern, oder ist ein eingefrorener Konflikt lediglich eine Etappe auf dem Weg zu einem umfassenden globalen Systemumbruch?

Von Erfolg oder Misserfolg hätte man im Kontext des Trump-Plans sprechen können. Das ist nun Geschichte; mittlerweile geht es um das Überleben der Staaten an sich.

Wir befinden uns in einer globalen Auseinandersetzung, die einem Weltkrieg gleicht. Dieser findet bereits in Europa sowie im Nahen und Mittleren Osten statt. Ostasien wird sich dem wohl kaum entziehen können: Es ist zu erwarten, dass die USA versuchen werden, China in kriegerische Konflikte mit seinen Nachbarn zu verwickeln.

Wird die Integration der Ukraine in die EU in 20 Jahren als größte Niederlage Russlands bewertet werden, oder ist sie ein schmerzhafter, aber notwendiger Prozess der „Entflechtung“, der Russland dazu zwingt, ein wahrhaft unabhängiger Staat zu werden?

Wo die Ukraine in zwanzig Jahren stehen wird und was aus der EU geworden sein wird – das sind nicht die Fragen, die für uns von zentraler Bedeutung sein werden; vorausgesetzt, die Welt existiert dann noch in einer einigermaßen gewohnten Form. Die entscheidende Frage für uns Russen ist, wie dieser Krieg das Land selbst transformiert. Ich hoffe, dass die Feindseligkeit und der tiefsitzende Hass des Westens, insbesondere Europas, uns dazu zwingen, unsere Trägheit abzulegen, uns zu fokussieren und die „Staat-Zivilisation“ aufzubauen, von der wir in letzter Zeit sprechen.

Was unsere Unabhängigkeit betrifft: Diese besitzen wir bereits im politischen und wirtschaftlichen Sinne, und nach 2022 wurde sie noch weiter gestärkt. Als nächster Schritt steht der Kampf für technologische Autarkie an. Das Wichtigste jedoch ist die intellektuelle und geistige Unabhängigkeit. Gerade im Bereich der Weltanschauung, der Philosophie und der Wertevorstellungen ist Souveränität von unschätzbarem Wert.

ZUR PERSON

Dmitri Trenin, geboren 1955, ist ein russischer Politikwissenschaftler und einer der bekanntesten außenpolitischen Analysten des Landes. Der ehemalige Oberst des sowjetischen Militärgeheimdienstes GRU leitete von 2008 bis 2022 das Moskauer Büro des Carnegie Endowment for International Peace und galt lange als Vertreter eines pragmatischen Dialogs zwischen Russland und dem Westen.

Nach Kriegsbeginn in der Ukraine wechselte Trenin an die Higher School of Economics, wo er heute als wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Weltmilitärökonomie und Strategie tätig ist. Seit April 2026 steht er zudem an der Spitze des Russian International Affairs Council (RIAC).

MIKHAIL TERESHCHENKO/IMAGO

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung der Autorin und des Verlages.